



Antwort
zur Anfrage Nr. AF/0096/2019

Vorlage: AW/0106/2019		Datum: 19.09.2019	
Kulturdezernentin			
Verfasser:	40-Kultur- und Schulverwaltungsamt	Az.: 40	
Betreff:			
Antwort zur Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion: Koblenzer Wochen der Demokratie 2019			
Gremienweg:			
07.11.2019	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> geändert

Antwort:

Die Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion bezieht sich auf die „Koblenzer Wochen der Demokratie“ 2019. Einige dieser Fragen gehen über diese Veranstaltungsreihe hinaus und werden daher nicht beantwortet. (s. Frage 11,24,26,27,28,29,32 und 37 sowie die Unterpunkte von Frage 39 a-q).

1. Wie hoch waren die Gesamtkosten für die Demokratie-Wochen 2019?
Die Gesamtkosten der Koblenzer Wochen der Demokratie belaufen sich auf 18.975,40 €, finanziert aus den Bundesmitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
2. Welchen Anteil an den Gesamtkosten hat die Stadt getragen?
Aufgrund der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) erhaltenen Förderung aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“, konnten alle entstandenen Kosten über das Programm abgerechnet werden, wodurch kein Eigenanteil für die Stadt Koblenz entstanden ist.
3. Unter welchem Haushaltstitel werden die von der Stadt getragenen Kosten geführt?
Unter dem Produkt 2811 „Heimat- und Kulturpflege“ im Teilhaushalt 09 Kultur.
4. Welchen Betrag hat die Stadt als Projektförderung aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erhalten?
Im Jahr 2019 wird der Stadt Koblenz eine Zuwendung von bis zu 100.000 € gewährt.
5. Wurde eine Evaluation der Demokratie-Wochen durchgeführt?
Eine Evaluation mit den Akteurinnen und Akteuren findet am 23.09.2019 statt. Diese haben nach den Veranstaltungen der Koblenzer Wochen der Demokratie Feedbackbögen erhalten, die die Veranstaltungen der Akteurinnen und Akteure im Nachgang evaluieren sollen. Gleichfalls wurden jeweils vor und nach den Veranstaltungen Postkarten (Wozu Demokratie? Meine Antwort...) verteilt, die der Evaluation der Bürgerinnen und Bürger galten. Nach den Koblenzer Wochen der Demokratie wurde ebenfalls eine Umfrage über die Statistikstelle durchgeführt sowie ein QR-Code während der Veranstaltungen zur Verfügung gestellt, der zu der Umfrage führte.
6. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
Das Gesamtergebnis der Evaluation steht noch aus, da das abschließende Gespräch mit den Akteurinnen und Akteuren noch nicht stattgefunden hat. Die bisher eingegangenen

Feedbackbögen sowie Postkarten, die die Evaluation der Bürgerinnen und Bürger und Akteurinnen und Akteuren enthalten, fielen jedoch sehr positiv aus.

7. Wenn ja, wie viele Personen haben im Schnitt an einer Veranstaltung teilgenommen?
Diese Informationen werden derzeit eruiert.
8. Wenn nein, warum nicht?
/
9. Was versteht die Stadt unter einem „Bekenntnis zu einer demokratischen Kultur“?
Als Grundlage eines guten und gemeinsamen Zusammenlebens dienen die Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Zu den demokratischen Werten, wie z.B. freie und gleiche Wahlen, Minderheitenschutz, Schutz der Grund-, Bürger- und Menschenrechte, Meinungsfreiheit etc. wird sich bekannt und diese werden auch gelebt.
10. Was versteht die Stadt unter einer „bunten und vielfältigen“ Stadt?
Ein solidarisches und gemeinsames Zusammenleben von Menschen, die eine unterschiedliche Herkunft, Kultur und Überzeugung haben und die im Alltag Rücksicht auf ihre Mitmenschen nehmen.
11. Inwieweit hat das Konzept „Buntheit und Vielfalt“ einen normativen Charakter in den verbreiteten Demokratietheorien?
Vgl. obige Einführung
12. Was versteht die Stadt unter einer „liberal-demokratischen Grundverfassung“?
Für ein friedliches Zusammenleben bildet das Deutsche Grundgesetz die Basis. Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Gewaltenteilung, Grundrechtsschutz etc. spiegeln sich in der Grundverfassung wider.
13. Welche „autoritären, nicht-demokratischen Tendenzen“ bedrohen diese Grundverfassung?
Bitte aufschlüsseln.
Die Stadt Koblenz setzt sich zusammen mit Akteurinnen und Akteuren durch die Koblenzer Wochen der Demokratie gegen Extremismus jeglicher Art, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus sowie Homo- und Transfeindlichkeit ein und somit antidemokratischen, antiliberalen, antipluralistischen sowie anti-individualistischen Tendenzen entgegen.
14. Welche weiteren Phänomene von Gewalt, Menschen- und Demokratiefeindlichkeit kann die Stadt neben dem im Einleitungstext genannten Rechtsextremismus identifizieren?
Gemäß dem Antrag für das Bundesprogramm des BMFSFJ spricht sich die Stadt Koblenz aktiv gegen Extremismus jeglicher Art aus.
15. Wurde im Rahmen der Demokratie-Wochen auch in einem angemessenen Umfang über Linksextremismus, Islamismus und Germanophobie referiert?
Die Veranstaltungen werden primär von den Akteurinnen und Akteuren geplant und von der Stadt Koblenz koordiniert, sowie auf ihre Vereinbarkeit mit den Förderleitlinien geprüft. In diesem Jahr fand keine Veranstaltung zum Thema Linksextremismus, Islamismus und Germanophobie, allerdings ebenso wenig eine Veranstaltung zum Thema Rechtsextremismus, statt.
16. Nach welchen Gesichtspunkten und durch wen erfolgte die Auswahl der Akteure, die sich im Rahmen der Demokratie-Wochen präsentieren durften?

Die Auswahl der Akteurinnen und Akteure erfolgte in Anlehnung an die Akteurinnen und Akteure aus den letzten Koblenzer Wochen der Demokratie. Eine Beteiligung muss mit den Förderleitlinien des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ übereinstimmen.

17. Inwieweit wird durch die Kooperation zwischen der Stadt und „Pulse of Europe“ die Pflicht zur strikten parteipolitischen Neutralität nicht verletzt? Bitte begründen.
Das Bundesprogramm sieht es vor, dass Parteien sowie deren Jugendorganisationen nicht gefördert werden dürfen. Pulse of Europe ist eine unabhängige Bürgerbewegung, die keine parteipolitischen Ziele verfolgt und somit nicht gegen die Förderleitlinien und die Leitlinien der Koblenzer Wochen der Demokratie verstößt.
18. Wurden auch Persönlichkeiten, Initiativen und Institutionen aus dem konservativen, rechten, nationalliberalen, libertären und alternativen Spektrum zu den Koblenzer Demokratie-Wochen eingeladen?
Zu den Koblenzer Wochen der Demokratie wurden keine Persönlichkeiten, Initiativen, Institutionen und Vereine eingeladen. Alle Veranstaltungen waren öffentlich zugänglich und niederschwellig angelegt, sowie eine Beteiligung für alle Akteurinnen und Akteure, sofern es sich nicht um Einzelpersonen handelt oder gegen die Förderleitlinien verstößt, möglich. Zudem fand eine Podiumsdiskussion am 13.05.19 statt, zu der alle Parteien herzlich eingeladen waren.
19. Wenn ja, welche Gespräche wurden im Vorfeld geführt?
Vgl. Frage 18.
20. Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen.
Vgl. Frage 18.
21. Warum fühlte sich die Stadt dazu veranlasst, die Akteure im Vorfeld zu verpflichten, „keine Veranstaltung durchzuführen, die nicht den demokratischen Prinzipien entspricht“? Bitte begründen.
Aufgrund der erhaltenen Förderung waren die Koblenzer Wochen der Demokratie an die Leitlinien des Bundesprogramms gebunden. Dieses sieht vor, dass die Anerkennung der demokratischen Grundprinzipien gewährleistet sein muss (s. Leitlinie Förderbereich A).
22. Warum wurde in dem Programm das ‚Gender-Sternchen‘ verwendet, obwohl dies in der offiziellen Verwaltungssprache der Stadt Koblenz vermieden wird?
Im universitärem Kontext sind Gender-Sternchen Standard. Zukünftig wird es gemäß der offiziellen Verwaltungssprache der Stadt Koblenz nicht weiter genutzt.
23. Welche Geschlechter bzw. Geschlechtsidentitäten werden durch das im Programm verwendete ‚Gender-Sternchen‘ repräsentiert? Bitte einzeln auflisten.
Alle. Das Bundesprogramm steht für Gender- und Diversitymainstreaming und sieht somit die Inklusion aller, unabhängig des Geschlechts, der Religion, der sozialen oder ethnischen Herkunft, des Alters etc. vor.
24. Wie definiert die Stadt den Begriff „Einwanderungsgesellschaft“ und woran macht sie fest, dass es sich in Deutschland um eine solche handelt?
Vgl. obige Einführung.
25. Wie definiert die Stadt die Begriffe „Hassrede“ und „Hetze“?
Alle menschenverachtenden sprachlichen Ausdrücke und Reden, mit denen Einzelne oder bestimmte Gruppen abgewertet werden. Dabei kann es sich um Angriffe auf Geschlecht,

Herkunft, Sexualität, Religion etc. handeln, basierend auf der Annahme, dass Einzelne oder bestimmte Gruppen weniger wert seien als andere.

26. Wie bewertet die Stadt die Gefahr, dass durch die Vagheit und Dehnbarkeit der Begriffe die Meinungs- und Redefreiheit in verfassungswidriger Weise eingeschränkt wird und Weltanschauungen, die der eigenen widersprechen, kriminalisiert werden?
Vgl. obige Einführung.
27. Welche Haltung nimmt die Stadt gegenüber staatlich finanzierten „No-Hate-Speech-Kampagnen“, Meldeplattformen, Uploadfiltern und sonstigen Zensurmaßnahmen ein?
Vgl. obige Einführung.
28. Kann die Stadt konkrete Formen der Unterdrückung „queerer“ Menschen in der gegenwärtigen Gesellschaft benennen?
Vgl. obige Einführung.
29. Wie bewertet die Stadt die Situation von „queeren“ Menschen in islamisch geprägten Milieus bzw. Gesellschaftsformen?
Vgl. obige Einführung.
30. Wie definiert die Stadt den Begriff „Fake News“?
Als „Fake News“ werden Falschmeldungen oder irrtümlich als Fakt dargestellte Neuigkeiten bezeichnet.
31. Wurde im Rahmen der Demokratie-Wochen das in Deutschland zu beobachtende Phänomen der „Mediendemokratie“ thematisiert?
Ja.
32. Wie bewertet die Stadt die Ausgewogenheit, Neutralität, Unparteilichkeit und Objektivität der Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk?
Vgl. obige Einführung.
33. Wurden im Rahmen der Demokratie-Wochen auch Instrumente der Direkten Demokratie (Referenden, Volksabstimmungen, Plebiszite, Initiativverfahren etc.) vorgestellt und diskutiert?
Nein.
34. Wurde insbesondere die Geschichte der Direkten Demokratie im deutschsprachigen Raum beleuchtet?
Nein.
35. Wurden insbesondere die auf kommunaler Ebene anwendbaren direktdemokratischen Instrumente vorgestellt und diskutiert?
Nein.
36. Wenn Fragen 27, 29, 30 und 31 mit „nein“ beantwortet werden, warum nicht?
/
37. Welchen Stellenwert haben der Vormärz, die deutsche demokratische Bewegung und die Reichsverfassung von 1871 bei den Demokratie-Wochen eingenommen?
Vgl. obige Einführung.

38. Welchen Stellenwert hat im Allgemeinen die deutsche Politik-, Philosophie-, Verfassungs- und Ideengeschichte bei den Demokratie-Wochen eingenommen?
Zu den genannten Bereichen gab es verschiedene Veranstaltungen innerhalb der „Koblenzer Wochen der Demokratie“ 2019.
39. In welchem Umfang wurden die Besucher der Demokratie-Wochen über die Fehlentwicklungen, die antidemokratischen Strukturen und die totalitären Züge der Europäischen Union informiert? Bitte bei der Antwort auf die folgenden Punkte eingehen.
- a. Zentrale EU-Institutionen wie die Europäische Kommission, die umfassende Machtbefugnisse besitzen und die Leitlinien der europäischen Politik definieren, sind nicht durch Wahlen legitimiert und agieren ohne erkennbares Mandat.
 - b. Zahlreiche Gesetzentwürfe werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit im ‚Trilog‘ ausgearbeitet.
 - c. Die Gewaltenteilung ist durch den vom Ministerrat praktizierten Exekutivföderalismus weitgehend außer Kraft gesetzt.
 - d. Die Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion des EU-Parlaments ist stark eingeschränkt, es besitzt kein Initiativrecht.
 - e. Die vertragliche Verpflichtung des EuGH zu einer zentralistischen Interpretation der EU-Verträge und der „Verwirklichung einer immer engeren Union“ führt in der Praxis zu einer stetigen, grundgesetzwidrigen Aushöhlung der nationalen Souveränität.
 - f. Struktureller Lobbyismus und grassierende Korruption in den EU-Institutionen.
 - g. Jährliche Kosten für den gigantischen EU-Behördenapparat und die angeschlossenen Förderungsnetzwerke.
 - h. Konkrete Pläne für einen gemeinsamen EU-Haushalt, EU-Steuern und ein EU-Finanzministerium.
 - i. Die schwerwiegende Belastung des deutschen Mittelstands durch realitätsferne und kontraproduktive Vorschriften, Richtlinien und Grenzwerte.
 - j. Die Verfassungswidrigkeit der Euro-Rettungspolitik: Sie verstößt gegen grundlegende Vorgaben der europäischen Verträge und Strukturprinzipien der Währungsunion und unterminiert zusätzlich die Haushalts- und Budgethoheit des deutschen Parlaments.
 - k. Die Einrichtung einer dauerhaften Haftungs-, Schulden-, Transfer-, und Bankenunion und die daraus resultierende Belastung der Steuerzahler in den Geberländern.
 - l. Die Nullzins- und Inflationspolitik der EZB und die daraus resultierende Enteignung der deutschen Sparer.
 - m. Deutschland liegt im EU-Vergleich bei der Eigentumsquote, dem Rentenniveau, dem Median-Vermögen und dem am Bruttoinlandsprodukt gemessenen Finanzvermögen auf den hinteren Plätzen, hat aber zugleich die höchsten Steuerlasten und Strompreise zu tragen und ist mit großem Abstand der größte Netto-Zahler der EU.
 - n. Die Migrationspolitik der EU beruht auf permanenten gravierenden Rechtsbrüchen (u.a. Verstöße gegen die Dublin-III-Verordnung, das Schengen-Abkommen und das Grundgesetz) und verzichtet auf einen wirksamen Schutz der europäischen Außengrenzen.
 - o. Zensurmaßnahmen (u.a. Uploadfilter, Kampagnen gegen „Hassreden“) schränken die Meinungs- und Pressefreiheit ein.
 - p. Die als „große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft“ propagierte Dekarbonisierung Europas („Klimaneutralität“) und die Wende hin zu einem ökologistischen Planungs- und Zwangsstaat mit gewollter Mangelwirtschaft („Vereinigte Staaten von Europa“) werden konsequent vorangetrieben.
 - q. Möglichkeiten, die EU grundlegend zu reformieren oder geordnet und vertragskonform aus der EU auszutreten (§50 EU-Vertrag).

Anlass für die Veranstaltungsreihe Koblenzer Wochen der Demokratie waren die Veränderungen der demokratischen Kultur in Deutschland und Europa, um im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern aktiv zu einer Erneuerung der Demokratie im 21. Jahrhundert beizutragen. Die vielseitigen Veranstaltungen gaben Raum zur Diskussion und zum Austausch. (zu den Punkten a-q, s. obige Einführung)

40. Welche Pläne liegen für die Demokratie-Wochen 2020 vor?

Da die Evaluation mit den Akteurinnen und Akteuren noch nicht stattgefunden hat, liegen noch keine konkreten Pläne vor. Diese werden im Austausch zusammen mit den Akteurinnen und Akteuren besprochen.